Abend-Ausgabe

78. Jahrgang. Nr. 307 — Freitag, 1. Juli 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20 011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Frankreich feilscht um die Restzahlung

Erst 7, dann 5, jetzt 4 Milliarden – Papen lehnt ab

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 1. Juli. Mit Hangen und Bangen geht die Konferenz weiter. Sie kann nicht leben und nicht sterben. Wie ein Ausweg gefunden werden soll, ist auch heute niemand klar. Nachdem die fünf Gläubigermächte gestern fast bis Mitternacht im ganzen nicht weniger als elf Stunden beraten hatten, gingen sie auseinander, ohne einen endgültigen Plan festgestellt zu haben oder mit der deutschen Delegation von neuem in Fühlung gekommen zu sein. Herriot war am Abend schon nach Paris abgefahren, nachdem er Papen vorher noch aufgesucht hatte.

Heute früh sind der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister schon um 9 Uhr zu Macdonald gefahren,

um ihm persönlich noch einmal die Gründe auseinanderzulegen, die alle bisher vorliegenden, allerdings noch nicht genau präzisierten Pläne der Gegenseite für uns unannehmbar machen. Von Papen betonte besonders, daß in diesen Plänen jede Grundlage für die Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens fehle. Macdonald war diesmal weniger kategorisch, die Konfrontierung mit seinen Argumenten von früher legt ihm wohl Reserve auf. Er fragt nun wieder: Wie soll ich als Konferenzleiter weiterkommen?

Die Gläubiger (als Finanzkomitee getarnt) beraten indessen auch heute weiter.

Natürlich sind Entscheidungen, schon wegen Herriots Abwesenheit, heute nicht möglich. Es kommt hinzu, daß die Vollversammlung des Völkerbundes in Genf, zu der Außenminister Freiherr von Neurath hinüberfahren wird, das Interesse etwas ablenkt.

Nochmals muß festgestellt werden, daß ein zissernmäßiges deutsches Angebot niemals vorgelegen hat.

Deutschland hat nur allgemein zugesagt, sich mit einem normalen Anteil an einer Aufbaukasse zu beteiligen, und es hat allerdings einen erhöhten Anteil (ohne eine Zahl zu nennen) für den Fall in Aussicht gestellt, daß die Diskrimination des Versailler Diktats wegfällt. Darauf einzugehen aber hat die Gegenseite abgelehnt. Die Lausanner Morgenpresse bringt, offenbar von französischer Seite beeinflußt, die Mitteilung, daß die Gläubigermächte Deutschlands eine

Restzahlung in Höhe von fünf Milliarden Mark

vorschlagen werden, die nach Ablauf von fünf Jahren vollständiger Zahlungspause von Deutschland geleistet werden sollen und deren Verzinsung und Amortisierung durch Reichsbahnobligationen gesichert werden müsse.

Gegenüber diesen Behauptungen der ausländischen Presse, die unter anderem auch dahin lauten, die Gläubiger seien schon auf eine Zahl von vier Milliarden herabgegangen, ist stärkstes Mißtrauen nötig. Die Gegner entwickeln dabei geradezu die Virtuosität eines Taschenspielers, wenn sie gewisse Sonderforderungen nach Belieben immer wieder verschwinden oder plötzlich auftauchen lassen. Rechnet man dann zusammen, so sind plötzlich die großen ursprünglichen Summen wieder da. Auch die besonderen Sicherheiten, die Deutschland durch seine Eisenbahnen oder Industriewerke geben soll, spielen bei allen Plänen noch immer eine Rolle. Im übrigen lohnt es sich nicht, jede auftauchende Version der gegnerischen Absichten ernstzunehmen und darüber zu berichten.

Die Hauptsache bleibt, daß Deutschland auf seinem Standpunkt von gestern und vorgestern weiter beharrt.

Ganz unüberbrückbar scheint der Gegensatz über die Einkalkulierung einer etwaigen amerikanischen Schuldenstreichung in eine hier zu findende Lösung. Wir müssen dabei natürlich besonderen Wert darauf legen, auch nur den Anschein einer gemeinsamen europäischen Front gegen Amerika zu vermeiden. Die Konferenz wird nach aller Wahrscheinlichkeit in die kommende Woche hineinreichen. Nach Rückkehr Herriots von Paris, also morgen, wird ein neuer kritischer Punkt erreicht sein.

Die Beratungen der Gläubiger

Lausanne, 1. Juli. Die Verhandlungen der Gläubigermächte ohne Deutschland wurden Freitagmittag zunächst unterbrochen. Sie werden am Nachmittag fortgesetzt. Nach englischen Mitteilungen bewegen sich die Verhandlungen über den gemeinsamen Plan der Gläubigermächte endgültig in der Richtung, daß der Reichsregierung der Vorschlag einer Abschlußzahlung in einer Höhe von vier Milliarden gemacht werden soll bei einem Tilgungsbeginn nach fünf Jahren.

Eine endgültige Uebereinstimmung ist jedoch heute vormittag zwischen den Gläubigermächten noch nicht zustande gekommen,

da die außerordentlich schwierige Frage einer Einbeziehung Amerikas in eine endgültige Regelung bisher noch auf große Schwierigkeiten stößt. Die Hinzuziehung der deutschen Minister zu den Sitzungen ist bisher noch immer nicht endgültig bestimmt, soll jedoch voraussichtlich erst nach der Rückkehr Herriots und Chamberlains am Sonnabend erfolgen.

Die Vertreter Italiens sollen in der heutigen Besprechung von neuem die vollständige Streichung aller Tribute verlangt haben. Von belgischer Seite ist darauf hingewiesen worden, daß ein erfolgloser Abbruch der Lausanner Konferenz die Teilnahme der amerikanischen Regierung an der kommenden Londoner Weltwirtschaftskonferenz so gut wie ausgeschlossen machen würde.

Kein Zwischenbericht des Kanzlers in Berlin

Berlin, 1. Juli. Wie an unterrichteter Stelle verlautet, ist nicht mehr damit zu rechnen, daß der Reichskanzler heute oder morgen von Lausanne auf einen Tag zur Berichterstattung nach Berlin reist. Da Herriot Lausanne nur kurze Zeit verlassen hat, dürften die Verhandlungen keine wesentliche Unterbrechung erfahren. Der Reichskanzler wird im Laufe der nächsten Woche nach der voraussichtlichen Beendigung der Verhandlungen in Lausanne endgültig nach Berlin zurückkehren. Die Tatsache, daß der ursprünglich beabsichtigt gewesene Zwischenbericht in Berlin unterbleibt, wird in hiesigen politischen Kreisen verschieden gedeutet. Die pessimistische Auffassung über den friedlichen Ausgang der Lausanner Konferenz überwiegt aber.

Die französischen Sparmaßnahmen

Paris, 1. Juli. Laut Havas sieht der Finanzentwurf, den die Regierung in der Kammer einbringen wird, u. a. vor: Herabsetzung der Militärkredite um insgesamt 10 %, eine fünfprozentige Herabsetzung der Ausgaben für die Staatsbeamten, und zwar ohne Herabsetzung der Gehälter, Ausdehnung der Umsatzsteuer auf Konzessionsgesellschaften, Ausdehnung der Einkommensteuer auf die Einlagen bei den Sparkassen und Erhöhung der Einkommensteuer. Auf diese Weise sollen vier Milliarden des 6¼ Milliarden betragenden Defizits abgedeckt werden.

Roosevelt wird Hoovers Gegenkandidat

Chikago, 1. Juli. Bei der ersten Abstimmung über den Präsidentschaftskandidaten auf dem demokratischen Parteitag erhielt Roosevelt 666 Stimmen. Das sind 108 Stimmen weniger als die verlangte Zweidrittelmehrheit. Smith erhielt 201 und Garner 90 Stimmen. Nach diesem Ausgang der ersten Abstimmung ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß Roosevelt in den folgenden endgültig aufgestellt wird.

„Vorwärts" wird verboten

Niederlage Severings in Leipzig

Leipzig, 1. Juli. Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts hat in seiner heutigen Sitzung das Verbot des „Vorwärts" für zulässig erklärt. Der Senat ist der Auffassung, daß die in Frage kommenden Artikel geeignet sind, den Reichspräsidenten und die Reichsregierung verächtlich zu machen, zudem aber auch lebenswichtige innen- und außenpolitische Interessen zu gefährden. Der Senat hält, zumal in der jetzigen Zeit, einen besseren Schutz dieser Interessen für unbedingt erforderlich.

Ueber das Verbot der „Kölnischen Volkszeitung" soll in einer am Sonnabend um 11,30 Uhr beginnenden Beschlußsitzung entschieden werden.

•

Mit diesem Urteil hat sich der geschäftsführende preußische Innenminister Severing, der gestern noch dem Reichsinnenminister eine Belehrung über die rechtliche Unzulässigkeit des Verbots erteilen zu müssen glaubte, eine schwere und verdiente Niederlage vor dem höchsten deutschen Gericht geholt. Er hat vergeblich versucht, seine schützende Hand über das sozialdemokratische Zentralorgan zu halten.

Verleger eines Skandalblattes verhaftet

Berlin, 1. Juli. Der Zeitungsverleger Dr. Ehrlich und sein Sozius, der Journalist Dr. Spieker, wurden heute verhaftet. Ehrlich betrieb einen Verlag, in dem der „Industrie-Kurier" erscheint. In diesem Blatt pflegte Ehrlich Artikel über hervorragende Persönlichkeiten aus großen Industriekonzernen zu veröffentlichen. Dabei soll er wiederholt derartige Veröffentlichungen unterlassen haben, nachdem er von den betreffenden Persönlichkeiten hohe Bestechungssummen erhalten hatte, so im Falle des Direktors Zeppel aus dem Devaheimprozeß. Auch in mehreren anderen Fällen soll Ehrlich auf diese Art gegen Persönlichkeiten, über die er irgend etwas erfahren hatte, vorgegangen sein. Es sollen ihm auf diese Weise mehrere hunderttausend Mark Bestechungsgelder zugeflossen sein.

Polnischer Agent verurteilt

Berlin, 1. Juli. Der erste Strafsenat des Kammergerichts hat den ehemaligen Lehrer Günther Lucht aus Zillau in der Grenzmark wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu acht Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust sowie Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Lucht hatte, wie in der unter Ausschluß der Oeffentlichkeit durchgeführten Verhandlung festgestellt wurde, jahrelang in ständiger Verbindung mit polnischen Agenten gestanden und mehrfach versucht, ihnen Deutsche, die sich in wirtschaftlicher Not befanden, zu Spionagezwecken zuzuführen.

Hindenburg bleibt den Sommer über in Neudeck

Kein Urlaub

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. Juli. Reichspräsident v. Hindenburg, der sich morgen nach Neudeck begibt, wird seinen ostpreußischen Aufenthalt nicht als Urlaub verbringen, sondern seine Dienstgeschäfte in Neudeck in gewohntem Gange weiterführen. Es handelt sich also um keinen Sommerurlaub. Der Reichspräsident hat angeordnet, daß er durch tägliche Kuriere über alle politischen Fragen auf dem laufenden gehalten wird. Im wesentlichen ist seine Abwesenheit von Berlin darauf zurückzuführen, daß das Reichspräsidentenpalais einen neuen Dachstuhl bekommen muß und man dem Reichspräsidenten die Unbequemlichkeiten, die mit dem Umzug in das Reichskanzlerpalais verknüpft sind, ersparen möchte. Die Umbauarbeiten am Reichspräsidentenpalais werden vermutlich bis in den Herbst andauern.

Der Staatsrat gegen die preußische Amnestie

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. Juli. Der Verfassungsausschuß des Preußischen Staatsrats nahm am Freitagmittag die Abstimmung über das vom Landtag beschlossene Amnestiegesetz vor. Der Ausschuß beschloß bei Stimmenthaltung der deutschnationalen Mitglieder und gegen die Stimmen der Kommunisten, gegen das Gesetz Einspruch zu erheben. Der Staatsrat wird aber alsbald einen Initiativgesetzentwurf ausarbeiten, der eine Amnestie in anderer Form bringt, die dem Landtag bei seiner Tagung vorgelegt werden soll.

Burgfrieden an der Berliner Universität

Berlin, 1. Juli. Dem Rektor der Universität liegen die schriftlichen Erklärungen der studentischen Vertreter aller politischen Richtungen vor, daß die einzelnen Gruppen gewillt sind, den Burgfrieden in der Universität zu halten, damit der geregelte Lehrbetrieb aufrechterhalten werden kann, und daß sie die feste Absicht haben, sich aller Provokationen zu enthalten.

Wahllügen

Berlin, 1. Juli. In einem Teil der Linkspresse wird in großer Aufmachung ein angebliches Rundschreiben von Mitgliedern des Herrenklubs veröffentlicht, in dem Einzelheiten über die Vorgeschichte und die Bildung der Regierung Papen und die Einwirkung der Nationalsozialisten auf diese Regierungsbildung geschildert werden. Von amtlicher Seite werden die in diesem Rundschreiben dargestellten Vorgänge als Legende bezeichnet. Ebenso unzutreffend sind die Behauptungen über die angeblichen Vorgänge bei der Bildung des Kabinetts Brüning.

Balbo auf dem Heimflug

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. Juli. Der italienische Luftfahrtminister Balbo ist heute morgen von Berlin abgeflogen. Zur Verabschiedung hatten sich auf dem Flughafen in Tempelhof, an dessen Ehrenmast die italienische Flagge wehte, außer Vertretern der italienischen Botschaft Ministerialdirektor Brandenburg vom Reichsverkehrsministerium, sowie als Vertreter der Stadt Berlin, Stadtbaurat Dr. Adler eingefunden. Balbo, der sich über seinen Aufenthalt in Berlin außerordentlich befriedigt äußerte, wird wahrscheinlich Anfang Oktober zur Deutschen Luftsportausstellung nach der Reichshauptstadt zurückkehren. Sein heutiger Flug führt über München—Bozen zuerst nach Ferrara, wobei Balbo seiner Mutter einen kurzen Besuch abstatten will. Heute abend will er dann noch in Rom eintreffen.

Protestaktion der Berliner Schlächter

Berlin, 1. Juli. Entsprechend einem Beschluß des Bezirksvereins Berlin des Fleischerverbandes, als Abwehraktion gegen die heute in Kraft tretende preußische Schlachtsteuer auf dem heutigen Berliner Schlachtviehhof weder Vieh zu kaufen noch zu schlachten, ruhte das Geschäft vollkommen. Infolge des Beschlusses waren auch die Zufuhren an Lebendvieh belanglos. Eine amtliche Preisnotierung wird voraussichtlich nicht stattfinden.